

Im Regierungslager bröckelt die Front der Befürworter der Seenprivatisierung

CSU Bundestagsabgeordneter Josef Göppel gegen weitere Seenprivatisierung

Der Bundestagsabgeordnete Josef Göppel (CSU), hat sich kritisch zu der in Ostdeutschland praktizierten Gewässerprivatisierung geäußert. Er sei nicht für eine Privatisierung der Seen in den neuen Bundesländern. Die kulturelle und landschaftliche Bedeutung von Naturgewässern sollte nicht einer kommerziellen Nutzung anheim gegeben werden. Jedermann muss das Recht haben, unentgeltlich öffentliche Seen zu betreten.

„Offensichtlich erkennen mittlerweile auch Mitglieder der Regierungsfractionen, dass die Gewässerprivatisierung in Ostdeutschland, ein Fehler ist“, so Carsten Preuß, der Initiator der Bundestagspetition gegen die weitere Gewässerprivatisierung. Er fordert daher die Regierungsfractionen auf, die weitere Gewässerprivatisierung aufzugeben, und den Weg frei zu machen, damit die Seen kostenlos an die Länder übertragen werden können.

Göppel spricht sich dafür aus, dass in Anlehnung an die Verfassungsgrundsätze des Freistaats Bayern, die Seen im öffentlichen Eigentum verbleiben. In Bayern befinden sich die Seen im Eigentum des Freistaates. Laut Bayerischer Verfassung Artikel 141 ist "Der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur in ortsüblichem Umfang jedermann gestattet. Staat und Gemeinden sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen und Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen anzulegen."

Josef Göppel ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL). Er äußerte sich jetzt auf der Internetplattform [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de). Carsten Preuß hat jeweils einen Politiker aus allen im Bundestag vertretenen Fraktionen auf www.abgeordnetenwatch.de um Ihre Positionen zur Gewässerprivatisierung in den neuen Bundesländern befragt.

Unter Ihnen ist neben Josef Göppel auch Cornelia Behm (GRÜNE), Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Dr. Martin Lindner (FDP), Mitglied im Petitionsausschuss des Bundestages; Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion; Dr. Peter Danckert (SPD), Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages und Siegfried Kauder (CDU), Mitglied im Petitionsausschuss und Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages.

Die Antworten der neben Josef Göppel befragten Politiker stehen noch aus. Nach wie vor läuft auch die Unterschriftenaktion gegen die weitere Gewässerprivatisierung. Bislang unterstützen mehr als 112.000 Unterzeichner das Anliegen. Die Unterschriftenlisten können auf der Internetseite www.bund-brandenburg.de heruntergeladen werden.

Link zur Frage (und Antwort) an/von Herrn Göppel:

http://www.abgeordnetenwatch.de/josef_goepfel-575-37595--f261608.html#q261608

www.abgeordnetenwatch.de ist der direkte Draht von Bürgerinnen und Bürgern zu den Abgeordneten. "Bürger fragen - Politiker antworten", das ist der Kern des Portals. Daneben werden auf [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten und ihre Nebentätigkeiten öffentlich. Betrieben wird das Portal von dem gemeinnützigen Parlamentwatch e.V. Mit monatlich fast 400.000 Besucherinnen und Besuchern sowie gut 4 Mio. Seitenabrufen ist [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) das größte politische Dialogportal Deutschlands.

Carsten Preuß
Johnepark 34
15806 Zossen
E-Mail: carsten.preuss@t-online.de
Tel.: (03377) 303439